

Eigen-/Unbedenklichkeitserklärung

Hiermit versichere ich, dass keine Verfehlungen vorliegen, die meinen Ausschluss von der Teilnahme am Wettbewerb rechtfertigen könnten. Ich erkläre, dass keine schwere Verfehlung vorliegt, die meine Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt, z.B. wirksames (auch vorläufiges) Berufsverbot (§§ 70, 132 a STPO), wirksame Gewerbeuntersagung (§ 35 GewO), oder rechtskräftiges Urteil innerhalb der letzten 2 Jahre gegen Mitarbeiter/innen mit Leitungsaufgaben z.B. wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (§ 129 StGB), Geldwäsche (§ 261 StGB), Bestechung (§ 334 StGB), Vorteilgewährung (§ 333 StGB), Diebstahl (§ 242 StGB), Unterschlagung (§ 246 StGB), Erpressung (§ 53 StGB), Betrug (§ 263 StGB), Subventionsbetrug (§ 264 StGB), Kreditbetrug (§ 265 b StGB), Untreue (§ 266 StGB), Urkundenfälschung (§ 267 StGB), Fälschung technischer Aufzeichnungen (§ 268 StGB), Delikte im Zusammenhang mit Insolvenzverfahren (§ 283 ff. StGB), wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB), Bestechung im geschäftlichen Verkehr (§ 299 StGB), Brandstiftung (§ 306 StGB), Baugefährdung (§ 319 StGB), Gewässer- und Bodenverunreinigung (§§ 324, 324 a StGB) und unerlaubter Umgang mit gefährlichen Abfällen (§ 326 StGB), das mit Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen geahndet wurden.

Soweit in der Vergangenheit ein wettbewerbsschädigendes Verhalten begangen wurde, wurden „Selbstreinigungsmaßnahmen“ vorgenommen. Diese Maßnahmen sind auf einem separaten Blatt zu erläutern.

Zutreffendes ist anzukreuzen:	Ja	Nein
Ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregelten Verfahren wurde beantragt.	☐	☐
Ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregelten Verfahren wurde eröffnet.	☐	☐
Ein Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder eines vergleichbares gesetzlich geregelten Verfahrens wurde mangels Masse abgelehnt.	☐	☐
Ein Insolvenzplan wurde rechtskräftig bestätigt. Dieser wird auf Verlangen vorgelegt.	☐	☐

Mir ist bekannt, dass die Unrichtigkeit vorstehender Erklärung zu meinem Ausschluss vom Vergabeverfahren sowie zur fristlosen Kündigung eines etwa erteilten Auftrages wegen Verletzung einer vertraglichen Nebenpflicht aus wichtigem Grunde führen und eine Meldung des Ausschlusses und der Ausschlussdauer an die Informationsstelle für Vergabeausschlüsse nach sich ziehen kann.

Des Weiteren ist mir bekannt, dass die Stadt vor der Vergabe des Auftrages bei der Informationsstelle für Vergabeausschlüsse nachfragen wird, ob Eintragungen vorliegen, die Bedenken gegen eine Vergabe begründen, und dass die Stadt Brühl verpflichtet ist, von ihr getroffene Entscheidungen über Vergabeausschlüsse der o. g. Informationsstelle zu melden.

Ich verpflichte mich, die vorstehende Erklärung auch von Nachunternehmern zu fordern und vor Vertragsschluss bzw. spätestens vor Zustimmung des Auftraggebers zur Weiterbeauftragung vorzulegen.

(Ort, Datum)

(Unterschrift / Firmenstempel)